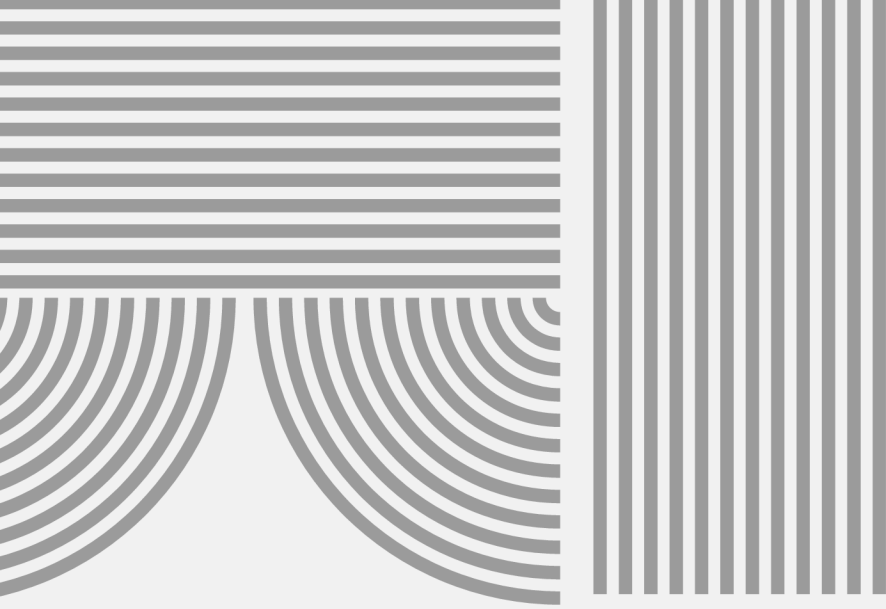




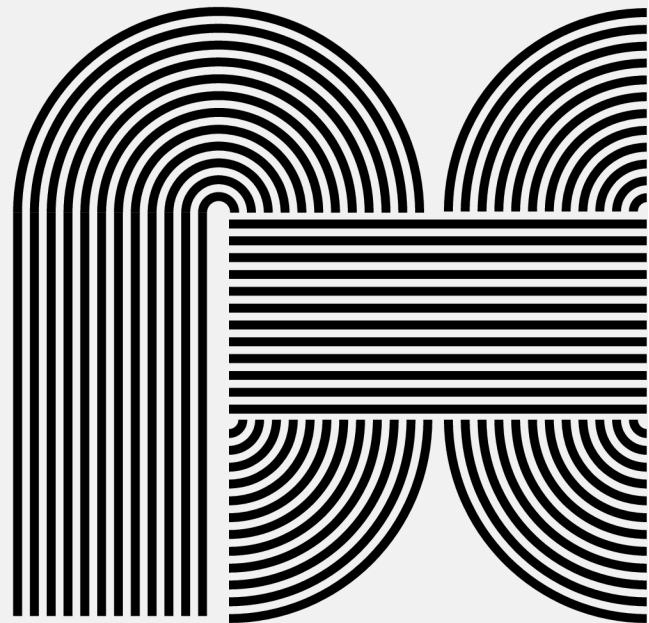
PartEI-Interview 1 | 24

„Am Ende muss man diesen Schritt tun“:

Migrantische
Elternbeteiligung in
Ostdeutschland

**Mamad Mohamad, Geschäftsführer von
LAMSA e.V. im Fachinterview**

Berlin 15. August 2024



IMPRESSUM

© Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe e.V., 2024

Alle Rechte vorbehalten.

Dr. Zeynep Sezgin Radandt und Mohamed Lamrabet (2024): „Am Ende muss man diesen Schritt tun“: Migrantische Elternbeteiligung in Ostdeutschland. Mamad Mohamad, Geschäftsführer von LAMSA e.V. im Fachinterview.

PartEL-Fachinterviews geben die Auffassungen der jeweilig interviewten Personen wieder.

HERAUSGEBER



Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe e.V.

Trautenaustraße 5
10717 Berlin

☎ +49 (0)30 290 0 8686
✉ kontakt@bundeselternnetzwerk.de
🌐 www.bundeselternnetzwerk.de

Projekt



Moderation

Dr. Zeynep Sezgin Radandt und Mohamed Lamrabet

Lektorat

Mohamed Lamrabet

Layout & Satz

Mohamed Lamrabet



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ZSR: Vielen Dank, Mamad, dass Du Dich zu diesem Interview bereit erklärt hast. Heute geht es um Bildungsteilhabe und Formen der migrantischen Selbstorganisation in Ostdeutschland. Bildung und Teilhabe werden in Deutschland auch weiterhin vor allem aus einer westdeutschen Perspektive gedacht. Einige Herausforderungen in Ost- und Westdeutschland sind natürlich ähnlich, andere aber sehr unterschiedlich. Wie siehst du das Verhältnis?

MM: Naja, ich kann ja mal ein bisschen zurückkehren. Der Punkt ist: Wenn man so nach der Wende auf die Zahlentwicklung schaut, Ende 2014/15, hatten gerade 1,9 % der Menschen in Ostdeutschland eine Migrationsgeschichte. Das bedeutet, im Osten ist Deutschland ein Zuweisungs- und kein Einwanderungsland. Eine seit Generationen etablierte migrantische Zivilgesellschaft existiert in Ostdeutschland nicht. Viele Menschen bleiben hier maximal zehn Jahre und wandern dann weiter. Am Ende haben wir leider nicht die migrantische Zivilgesellschaft, die sich in allen Lebensbereichen wiederfindet – ob im Schulalltag, in Beratungskontexten, der Wirtschaft, dem Kultur- und Sportbereich usw. Die Menschen, die sich wirklich engagieren und länger als 20 Jahre hier leben, kann man quasi in einen Raum bringen. Wir sind letztlich nicht so viele, die sagen: Wir übernehmen Verantwortung.

Der aktuelle Stand ist: 50 % der Menschen mit Migrationsgeschichte in Sachsen-Anhalt leben erst seit vier Jahren hier. Insgesamt gibt es 8 % Menschen mit Migrationsgeschichte. Die Zahl hat sich immerhin von 1,9 % mehr als vervierfacht. Aber wenn die Hälfte erst vor kurzem nach Deutschland gekommen ist, sprechen wir von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Ukrainer*innen sind zum Beispiel heute die größte migrantische Gruppe in Sachsen-Anhalt. Es brauchte nur einen kleineren Einwanderungsmoment, der die Migrationsbewegung im Land ganz schnell verändert hat.

Früher waren jahrelang vietnamesische Einwanderer die stärkste Gruppe. Sie zählen mittlerweile zu den wenigen. Dann war es die polnische Bevölkerung oder Zuwanderer aus anderen europäischen Ländern, und dann Syrer und Afghanen. Sie fallen gerade hinter die Ukrainer*innen zurück. Innerhalb kurzer Zeit verändert sich viel, obwohl Fluchtmigration bundesweit einen geringeren Anteil an Migration allgemein darstellt. In Sachsen-Anhalt sind Fluchtbewegungen dagegen sehr schnell erkennbar und verändern die Arbeit aller Akteure – uns genauso als LAMSA. Man merkt, wie unterschiedliche Gruppen anders an Themen herantreten und sie bearbeiten. Die Frage ist: Wie kommt man auf einen gemeinsamen Nenner und mobilisiert migrantische Eltern für ihre Kinder?

Ethnische Gruppen sind bei uns nicht so stark vertreten wie zum Beispiel die türkischen oder die spanischen Elternvereine. Bei uns handelt es sich um übergreifende Strukturen, die nicht vordergründig gegründet wurden, um Elternarbeit zu leisten. Sie sind dazu da, überhaupt erst einen kulturellen Raum für sich zu schaffen.

Die Migrantenorganisationen, die in Sachsen-Anhalt existieren – in Ostdeutschland – sind ein Mischwarenladen. Sie machen alles von Kita- und Elternarbeit bis zur Überführung von Gestorbenen in ihre Heimatländer. Es gibt also keine spezifischen, fachlichen Migrantenorganisationen in Ostdeutschland. Das sind alle und sie machen alles.

„Die Frau Mohamad ist Lehrerin, das kann ich auch.“

ML: Es gibt Studien, in denen Ostdeutschland hinsichtlich Teilhabe besser abschneidet als Westdeutschland. In einer Statistik vom SVR¹ ist von höheren Anteilen migrantischer Kinder in Kitas die Rede. Gleichzeitig ist jedoch der Abstand zu Gleichaltrigen ohne Migrationsgeschichte deutlich größer und liegt bei fast 30 Prozent. Was ist dafür die Ursache?

MM: Ich würde sagen, es gibt verschiedene Gründe. Der große Vorteil ist, dass wir natürlich ein gut ausgebautes Kitasystem haben. Das ist traditionell so und auch schon vor der Wende entstanden. Hier war schon lange das Thema: Wie überzeugt man Familien, ihre Kinder in Kitas zu schicken? Auch wir als LAMSA haben mit dem Sozialministerium daran gearbeitet. Da ging es auch um Vorurteile wie „Ich bin doch keine Rabenmutter, ich schicke mein Kind doch nicht in die Kita.“ Wenn man den Eltern dann die Frage stellte: „Was sollen die Kinder einmal werden?“, antworteten sie „Arzt oder Ingenieur.“ Da müssen sie aber früh [damit] anfangen, die deutsche Sprache zu lernen, sonst schaffen sie das nicht. Gerade bieten wir im Rahmen des Projekts „Mitreden“ Sprachkurse im Übergang von der Kita zur Schule an, weil bestehende Rückstände später oft nicht mehr aufzuholen sind. „Mitreden“ besteht aus Lerngruppen, in denen 20 bis 30 Kinder vier Wochen lang in einer Art Summer School Deutsch lernen. Das findet alles in den Ferien statt, um den Übergang von der Kita in die Schule zu erleichtern. Denn: Sind sie einmal in der ersten Klasse und beherrschen die Sprache nicht, ist es schwierig, im Unterricht mitzukommen.

¹ Sachverständigenrat für Integration und Migration, 2024, S.3

Was aber natürlich die Situation noch verschärft, ist der Übergang an Gymnasien oder andere weiterführende Schulen. Etwa 30 % der Kinder mit Migrationsgeschichte kommen auf ein Gymnasium. Der Anteil von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte, die das Abitur schaffen, liegt aber bei nur einem Prozent. Das heißt: Der Stein, den wir ins Rollen bringen, kommt nicht unbedingt an. Auf dem Weg [zum Abitur] gibt es so viele Abzweigungen, Hindernisse und Barrieren, die die Kinder überwinden müssen, dass sie das nicht [immer] schaffen. Da fehlen auch Menschen, die von Anfang an eine Vorbildfunktion haben, wie z. B. Lehrkräfte und Schulpersonal. Oft ist es ja so: Die Putzfrau ist Migrantin und die Lehrerin ist Deutsche. Die Kinder erleben so nicht das Gefühl: „Ach, die Frau Mohamad ist Lehrerin, das kann ich auch!“

Die Erfahrung zeigt – und ich bin selbst ein Bildungsinländer – als unbegleiteter Minderjähriger hechelt man dem Bildungssystem quasi die ganze Zeit hinterher. Das führt bei vielen jungen Menschen zu Bildungsabbrüchen. Man sagt ihnen: „Jetzt renn mal!“. Da schaffen sie höchstens den Staffellauf, aber den Marathon nicht mehr. Man muss ehrlich sagen: Wenn das Bildungssystem am Ende so selektiert und viele Kids an Förderschulen landen oder auch keine Empfehlung für weiterführende Schulen erhalten, dann haben wir natürlich das Problem, dass die Kinder nicht den Zugang und keine adäquate Förderung bekommen, damit sie am Ende überhaupt ihr Abitur schaffen oder weiterführende Schulen überstehen können.

„Alle Hände gehen hoch – und fertig.“

ML: Je mehr man sich mit Hindernissen beschäftigen muss, desto größer sind also die Rückstände. Um einmal auf die Elterngremien zu sprechen zu kommen: Wie würdest Du solche Ausschlussmechanismen darauf übertragen?

MM: An Schwerpunktschulen, wo 40 % oder 50 % der Kinder eine Migrationsgeschichte haben, spiegelt sich das heute nicht in den Elterngremien wider. Ich bin im Elternbeirat der Schule meines Kindes und habe auch klassisch in der Kita angefangen. Aber im Grunde ist es so, dass die Menschen wenig Erfahrung damit haben. Es gibt ja keine vergleichbare Erfahrung. Ich weiß nicht, wie es euch ging, aber mein Vater wurde immer in die Schule gerufen, wenn ich Mist gebaut habe. So haben die Eltern im Grunde nie etwas mit der Schule zu tun gehabt. Gestaltung der Schule, Mitmachen, Mitwirken – das ist vielen nicht bewusst, gerade dann, wenn 50 % der Menschen erst seit vier Jahren hier sind.

Wir brauchen auf der einen Seite Projekte wie PartEl und auf der anderen Seite Projekte wie INEMSA (LAMSA), wo Eltern beraten werden, aber auch selbstständig Arbeit leisten dürfen. Irgendwann sollten wir sagen können, dass 7 % oder 10 % der Personen in Elternvertretungen eine Migrationsgeschichte haben. Aber das braucht natürlich starke Eltern, die sich diese Aufgabe zutrauen. Ich weiß nicht, ob ihr es von Elternabenden kennt: Wenn es zur Wahl kommt, dann wird meist nach rechts und nach links geguckt und gesagt: „Die Frau Müller hat das immer schon gemacht, sie kann doch weitermachen.“

Das geht meist ganz schnell. Da sagt die Lehrkraft: „So, jetzt kommen wir zum Punkt ‚Elternvertretung wählen‘, das geht uns ja gar nichts an. Das ist ihr Job als Eltern. Hier ist das Protokoll, organisieren Sie auch Ihre Wahl selber.“ Das dauert am Ende vielleicht 10 Minuten, weil man die Frau Müller bereits gefunden hat und sie einverstanden ist. Alle Hände gehen hoch – und fertig.

Ich boxe mich dann immer rein und sage: „Ich will auch kandidieren!“. Am Ende muss man diesen Schritt einfach tun. Denn es gibt wenig Verständnis für Entwicklung. Niemand stellt die Frage: „Ja, was machen wir eigentlich?“, „Wer hat gefehlt?“, „Wer hat es schon mal gemacht?“. Es gibt keine selbstkritischen Prozesse in diesen Gremien. Die Wahl erlebt man eher als lästige Tagesordnung. Wer einmal „Ja“ gesagt hat, kommt aus dieser Aufgabe nicht mehr raus. Das liegt auch daran, dass es kaum mehr Kandidaten als Stellvertreterstellen gibt. Man muss die Wahl deshalb – z. B. über den Elternchat – vorher ankündigen, damit die Leute sich dafür interessieren.

Unsere Schule ist eine Elternschule. Das heißt, die Eltern haben eine größere Wirkung im Schulalltag. Das muss man vielen erklären, aber das geschieht nicht. Menschen mit Migrationsgeschichte, die gar keine Erfahrung haben, können so gar nicht einschätzen, welche Kompetenzen sie vorweisen müssen. Auch die Sprache ist ein Problem. Ihre Sorge ist, nicht mitzuhalten. „Ich will mich nicht blamieren“, also stelle ich mich gar nicht erst zur Wahl.

„Eine Person ist am Ende trotzdem allein.“

ML: Würdest du sagen, wenn man diese Arbeit leistet, dann wollen sich Menschen mit Migrationsgeschichte in Elternvertretungen auch beteiligen?

MM: Ein wichtiger Punkt ist, dass Menschen immer erst einmal ein paar Jahre brauchen. Du kommst nicht nach Deutschland und gehst als Erstes zu einer Vereinsgründung. Politische Teilhabe ist nicht der erste Schritt. Das erleben wir in Gemeinschaftsunterkünften schon lange. Dort haben wir versucht, Heimbeiräte zu installieren, also Beiräte, die für die Interessen der Bewohner gegenüber der Heimleitung, Verwaltung und dem Land eintreten. Das funktionierte nicht. Es kippte immer in die persönliche Interessenvertretung um. Aber es geht nicht um persönliche Interessen, sondern um die Interessen der Gemeinschaft. Manche Menschen gehen diesen Weg auch gar nicht, weil er ihnen zu stressig ist. Am Ende sind es vielleicht 10 % der Menschen, die sich engagieren. Es ist ja auch nicht so, dass sich alle Herkunftsdeutschen politisch engagieren. Da sind es um die 30 %, die das machen, und bei migrantischen Menschen ist das eben ähnlich.

Wenn man den Freiwilligensurveys glaubt, die schon einmal solche Zahlen erhoben haben, dann ist es so, dass die Ukrainer*innen, die jetzt kommen, vielleicht in 10 Jahren in der Lage sind, sich für ein ehrenamtliches Amt aufzustellen. Bei mir war das auch nicht anders. Als mein Kind die ersten zwei Jahre im Kindergarten war, war meine erste Priorität nicht, mich in den Elternbeirat wählen zu lassen. Das heißt, dass wir einen Prozess brauchen. Projekte wie PartEl, Elterngremien und Elternberatungen sind alle wichtig, damit Eltern mitbekommen, was um sie herum geschieht und wo etwas in Bewegung ist. So kann auch ein kollektives Wissen entstehen, das an andere weitergegeben wird.

ZSR: Was Du sagst, ist wirklich sehr wichtig. Die Teilhabe an Elterngremien ist nicht nur die Ausübung eines Rechtes, sondern auch eine Art Interessenvertretung für andere migrantische Eltern. Immer wieder wird man in der Schule als Elternteil damit konfrontiert, dass die Elternschaft oder die Schule etwas von einem will. Vielen Eltern fällt es schwer, das überhaupt zu verstehen. Da muss eine Elternvertretung nicht nur als Informationsvermittler*in, sondern auch als Unterstützung agieren. Es geht in Elterngremien nicht nur um den Erfolg des [eigenen] Kindes, sondern auch um die Teilhabe anderer migrantischer Eltern. Und weil es in Ostdeutschland keine Elternvereine gibt, ist diese Interessenvertretung fast nur auf der niedrigsten Ebene möglich, nämlich in der Schule und Kita.

MM: Die Frage ist, ob Elternvereine der einzige Weg sind. Wir haben in den Schulen z. B. auch keine Lehrkräfte [mit Migrationsgeschichte]. Vor kurzem gab es eine Anfrage von der GEW an uns, ob wir eine Arbeitsgruppe „Diversität und Anti-Diskriminierung“ gründen möchten. Vor 10 Jahren hätten wir dieses Thema nicht einbringen können. Da hätten sie uns wieder rausgeschmissen, weil nicht alle Lehrer per se eine diskriminierende Haltung haben. Am Ende brauchen wir genau diese Impulse, denn wir können vor der Tür schreien und machen, was wir wollen. Das Dilemma ist, dass es noch keine kritische Masse gibt, denn es braucht nicht nur einen Elternbeirat, sondern viele Elternbeiräte.

Eine Person ist am Ende trotzdem allein. Deshalb weisen wir auch bei der Kommunalwahl darauf hin, dass ein Abgeordneter [mit Migrationsgeschichte] nicht reicht – wir brauchen eine kritische Masse von Menschen, die kommunalpolitisch und in Elternngremien aktiv sind.

„Die zweite Generation ist nicht sichtbar.“

ZSR: Was sind für Dich die zentralen Unterschiede zwischen Migrantenorganisationen in Ostdeutschland und Westdeutschland?

MM: Wir wissen ja schon lange, dass es Unterschiede gibt. Aber wir haben festgestellt, Migrantenorganisationen im Westen kochen auch nur mit Wasser. Wenn wir uns in Ostdeutschland unsere Wirkung angucken – obwohl wir zahlenmäßig wenige sind – ist diese teilweise sogar größer als in Westdeutschland. Dass wir als LAMSA ein bundesweit großer Träger aus einem kleinen Bundesland sind, zeigt das auch. Wir haben uns Dinge von Kolleg*innen abgeguckt und das Beste daraus gemacht. Natürlich gibt es in Ostdeutschland keine Konkurrenz. Es gibt nicht drei oder sechs türkische Vereine in der Stadt, sondern nur einen; nur einen kurdischen, nigerianischen oder russischen Verein. Daraus ergeben sich Vor- und Nachteile. Zu Letzteren zählt, dass es an Menschen fehlt, die mitmachen. Wenn eine Person aufhört und es keinen Nachwuchs gibt, bricht teilweise das ganze System zusammen. Viele junge Leute, z. B. vietnamesische Kids, sind über die Jahre alle weggezogen. Die Kinder einer meiner Freunde aus dem Senegal gingen nach London und Paris. Die kommen nicht wieder. Aber diese Kinder brauchst du.

Wenn die zweite Generation wegzieht, findet der Wissenstransfer nicht statt. Sie ist heute in Ostdeutschland nicht sichtbar, selbst wenn es sie hier und da gibt. Sie tauchen auch in den Vereinen ihrer Eltern nicht auf. Sie haben die Schnauze voll vom Ehrenamt. Wenn meine Kinder sehen, was ich alles mache, werden sie fluchtartig die sozialen Arbeitsplätze verlassen.

ZSR: Die Hürden sind also so groß, dass gerade junge Menschen ihre Perspektive woanders suchen?

MM: Ja, aber es liegt auch an der Diskriminierungserfahrung. Meine Tochter, die 15 Jahre alt, Kurdin und auch Hallenserin ist, erlebt das immer wieder. Sie wird gefragt, ob sie Deutsch sprechen kann, warum sie Schweinefleisch isst, obwohl sie Mohamad heißt, usw.

„Verstehen die nicht, dass ich dazu keinen Bezug habe?“, fragt sie mich dann, und ich antworte: „Nein, das verstehen die Menschen nicht, das musst du ihnen jedes Mal erklären.“ Das nervt irgendwann. Auch die Gewaltzahlen sind hier wichtig. Jemand, der wie ich in Sachsen-Anhalt lebt, ist 28-mal mehr durch Gewalttaten gefährdet als eine Person in NRW. Das ist schon heftig. In NRW leben 5,3 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte, in Sachsen-Anhalt 180.000. Gab es in NRW gerade 15 Gewalttaten, sind es in Sachsen-Anhalt 50.

„Wir haben mehr gemeinsam als man denkt.“

ML: Im Grunde handelt es sich bei migrantischen Menschen und Herkunftsdeutschen in Ostdeutschland ja um zwei Formen von innerdeutschen Gegenidentitäten. Zeigt sich das im Alltag in irgendeiner Form?

MM: Große Teile der Verwaltung und Ministerien in Ostdeutschland sind mit Westdeutschen besetzt. Wenn es darum geht, sich auf ein neues System einzulassen, haben Ostdeutsche und Migrant*innen natürlich vieles gemeinsam. Manchmal sage ich auch, dass wir mehr Gemeinsamkeiten haben, als wir denken. Am Ende ist die Frage eine nach der Dominanzgesellschaft. Wir haben hier Menschen, die nicht wählen dürfen und keine Teilhabezugänge haben. Diejenigen, die wahlberechtigt sind, haben kaum Gestaltungsspielraum, weil sie nicht in die Strukturen gelangen. Teilweise werden sie nicht einmal zu Vorstellungsgesprächen eingeladen. Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte auf kommunaler oder Landesebene kaum Verantwortung tragen – nicht einmal beim Integrationsauftrag –, dann ist das wirklich bitter. Die ganze zweite Generation, die gut ausgebildet ist, zieht nach Berlin oder Niedersachsen. Auf das, was wir machen, haben sie keine Lust mehr. Sie wollen einfach leben und arbeiten und nicht mehr die Kämpfe führen.

ML: Du bist gerade noch einmal ganz konkret auf Alltagsrassismus und Diskriminierung eingegangen. Das muss sich ja eigentlich auch in Elterngremien äußern und dort eine Hürde sein.

MM: Ja, Menschen, die für Elterngremien kandidieren, sollen z.B. „ihre Leute ruhigstellen“. Darum geht es uns natürlich nicht. Wir vertreten die Belange der Schule, der Kinder und der Eltern. Ich hatte ihnen im Kindergarten auch mal erklärt, dass ich Pädagoge bin und an Weihnachten keine Falafel mache. Ich kann euch ein Kinderprogramm entwickeln, aber ich bin nicht der Koch. Man muss ein Bewusstsein für diese Grenze entwickeln.

ML: Hast Du noch ein paar ergänzende Gedanken dazu, wie die Situation von Kindern mit Alltagsrassismus ist? Wie blickst Du in die Zukunft?

MM: Unsere Erfahrung basiert darauf, was die Eltern uns von ihren Kindern berichten. Es gibt natürlich Lehrkräfte, die sehr bemüht sind, und andere, die eine latente Diskriminierungshaltung haben. Björn Höcke, z.B., ist ein Oberstufenlehrer. Wie soll sich ein Schüler gegenüber einer solchen Lehrkraft wehren? Da brauchen wir mehr Machtbewusstsein und mehr Austausch in der Schule hinsichtlich der Machtstrukturen. Die Kinder müssen die Möglichkeit haben, sich zu wehren, und dafür braucht es unabhängige Beratungsstellen. Wir müssen auch in den Familien weiterhin viel tun, damit sie für ihre Rechte eintreten. Denn wenn die Eltern kneifen und sagen: „Ihr dürft nicht so laut sein und den Lehrer nicht ärgern“, was lernt dann das Kind? Man sagt immer: „Starke Eltern, starke Kinder.“ Deshalb gibt es auch diese Erziehungskurse bei uns. Wenn die Eltern anfangen, Diskriminierungserfahrungen anzuerkennen, machen die Kinder es ihnen nach.

ML: Bietet die gemeinsame Erfahrung von Menschen in Ostdeutschland auch Potenziale?

MM: In Ostdeutschland gibt es Migrantenorganisationen vor allem in Ballungsräumen. Im ländlichen Raum ist das sehr schwierig, und es ist ein vermintes Feld. In den Strukturen kennt jeder jeden, und oft kennen wir die Personen nicht. Die haben teilweise schon im Kindergarten zusammengespielt. Vieles läuft über Bekanntschaften. Es muss also einen fairen Prozess geben. Das Potenzial liegt aber darin, dass wir communityübergreifend und für die gemeinsame Sache arbeiten und kämpfen können. Es gibt keine Klientelinteressen. Zusammen arbeiten wir an besseren Bildungschancen für alle Eltern und ihre Kinder.

ZSR: Vielen Dank, Mamad, für deine Zeit!

Quellenverzeichnis

- **Sachverständigenrat für Integration und Migration. (2024).** Ungleiche Bildungschancen – Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Berlin: SVR GmbH.

